

Antrittsrede von Bundesratspräsident Dr. Reiner Haseloff am 6. November 2020

Anrede

Zum zweiten Mal nach 2002 übernimmt Sachsen-Anhalt die Bundesratspräsidentschaft. Ich möchte zunächst meinem Vorgänger im Amte des Bundesratspräsidenten, Herrn Ministerpräsidenten Woidke, ganz herzlich für seine Amtsführung danken und ihm an dieser Stelle rasche Genesung wünschen. In diesen Dank schließe ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ein.

Als Bundesratspräsident zu Ihnen zu sprechen ist alles andere als selbstverständlich. Ich bin in der DDR sozialisiert worden. Die Teilung Deutschlands habe ich – wie so viele andere Menschen in der DDR - als schmerzhaft empfunden. Aber wir fühlten uns ohnmächtig, gegen sie anzukämpfen. Selbst Ende der 1980er Jahre konnte mit dem Zusammenbruch der DDR, ja des gesamten Ostblocks kaum jemand rechnen. Doch plötzlich änderte die Geschichte ihren Rhythmus.

An ein Ereignis möchte ich besonders erinnern. Heute vor genau 31 Jahren fand in Leipzig eine der größten Montagsdemonstrationen in der DDR statt. Rund 500.000 Menschen demonstrierten für Freiheit und Veränderungen. Längst hatte der Ruf „Wir sind das Volk!“ seine große Wirkung entfaltet. Auch in vielen anderen Städten der DDR kam es zu Protesten. Die friedliche Revolution hatte eine breite Basis. Allein im Oktober 1989 gab es 330 Demonstrationen in 171 Städten der DDR. Freiheits- und Einheitsgedanke ergänzten sich und wirkten zusammen. Erst kam die Freiheit, dann die Einheit.

Die Predigtkirche Martin Luthers in Wittenberg hat für meine Biografie eine große Bedeutung. Mit ihr verbindet sich vor allem meine Erinnerung an die friedliche Revolution. In dieser Stadtkirche trafen wir uns - Christinnen und Christen - seit Oktober 1989 regelmäßig an jedem Dienstag. Hier fanden nicht nur ökumenische Gottesdienste statt, sondern von hier aus nahmen dann die Demonstrationen mit einer immer größer werdenden Zahl an Bürgern ihren Anfang. Diese Zeit hat mich sehr stark und nachhaltig geprägt. Und so empfinde ich am heutigen Tag Freude und Dank. Ich freue mich auf meine Aufgabe in den kommenden zwölf Monaten. Und ich empfinde große Dankbarkeit für das, was ich seit 1989 miterleben und mitgestalten durfte. Ohne dieses Wunder der Geschichte stünde ich heute nicht hier.

Auch wenn die deutsche Einheit weder mental noch strukturell vollendet ist, können wir auf das bisher Erreichte stolz sein. Hinter uns liegt eine enorme Aufbauleistung. Bis heute prägt diese großartige Erfolgsgeschichte zu wenig unser Selbst- und Geschichtsbewusstsein. Die Zeit nach 1990 hat doch eins deutlich gemacht: Große Probleme lassen sich in gemeinsamer Verantwortung bewältigen. Natürlich beeinflusst die Teilung auch nach drei Jahrzehnten die politische Kultur unseres Landes. Es gibt neben Gemeinsamkeiten nach wie

vor auch Trennendes. Wie könnte es nach 40 Jahren geteilter Geschichte und Erfahrungen auch anders sein? Für Millionen Menschen in der ehemaligen DDR änderte sich im November 1989 gleichsam über Nacht ihr bisheriges Leben: eben noch Diktatur, jetzt Demokratie. Eben noch ein sicherer Arbeitsplatz, jetzt plötzlich für sehr sehr viele Arbeitslosigkeit. Lebensgeschichtlich hinterlassen solche Einschnitte tiefe Spuren. Darüber haben wir viel zu wenig gesprochen, und wenn wir es taten, dann oft mit zu wenig Empathie. Es gab auch große Enttäuschungen und unerfüllte Hoffnungen. Demgegenüber stand aber ein enormer Gewinn an Freiheit. Natürlich birgt auch sie nicht nur Chancen, sondern auch Risiken. Aber wer die Unfreiheit selbst erlebt hat, wird die Freiheit für immer zu schätzen wissen. Für die allermeisten Deutschen wird deshalb der 9. November 1989 stets ein Tag der großen Freude bleiben.

Vorboten der friedlichen Revolution waren unsere kleineren Nachbarstaaten. Ihre Bedeutung wird allerdings nicht immer gewürdigt. Die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność und der ungarische Reformkommunismus waren Wegbereiter der friedlichen Revolution. Und natürlich hat die Bestellung Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU die Demokratiebewegungen in Osteuropa nachhaltig ermutigt. Das vergessen wir nicht. Wir schulden Osteuropa Dank und stehen zu ihm in einer besonderen Beziehung. Unsere gemeinsamen Erfahrungen mit dem Totalitarismus, eine mehr als 40jährige Schicksalsgemeinschaft und die Überwindung des Kommunismus verbinden und sollten in der Europäischen Union dazu führen, mehr Verständnis auch für die schwierigen Wege der noch jungen Demokratien aufzubringen.

Erst der Freiheitswille von Millionen Menschen im Ostblock haben die Mauer, Stacheldraht und den Eisernen Vorhang zum Einsturz gebracht. Auf diese Freiheitsbewegungen können wir stolz sein. Sie gehören zum Besten des gemeinsamen europäischen Erbes. Darauf sollten wir uns gerade in der heutigen Krise besinnen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Globale Umweltprobleme wie der Klimawandel, grundlegende Veränderungen in der Arbeitswelt, weltweite soziale Ungleichheiten, asymmetrische Kriege und weltumspannende Wanderungsbewegungen betreffen uns alle. Die Europäische Union hat ein beachtliches politisches Gewicht. Als einzelne hätten ihre Mitgliedstaaten diese Bedeutung nicht. Das sollte man nie außer Acht lassen.

Auch die Corona-Krise lässt sich nur in einem internationalen Rahmen lösen. Die Pandemie hat uns an unsere Verwundbarkeit und wechselseitige Abhängigkeit erinnert. Die coronabedingten Restriktionen stellen uns vor große Herausforderungen. Aber klare Regeln sind in dieser Lage unumgänglich. Mehr denn je gilt: Meine Freiheit hört dort auf, wo die Freiheit des anderen beginnt. Zwar sind wir in Deutschland gut aufgestellt. Aber auch das beste Gesundheitssystem stößt irgend an seine Grenzen. Deshalb müssen die

Infektionsketten schnellstmöglich unterbrochen werden. Es geht um unser aller Gesundheit und um unser aller Leben. Aber ich bin mir sicher: Wir werden die Krise gemeinsam durch unseren Zusammenhalt und unsere Entschlossenheit durchstehen.

Das verlangt uns Geduld ab. Die Bürgerinnen und Bürger zeigen in ihrer großen Mehrheit Verständnis und befolgen die Regeln. Dafür danke ich ihnen. Bewährt hat sich in der Krise auch der Föderalismus, und das macht Mut für die kommenden, schweren Wochen. Erinnern möchte ich an das Infektionsschutzgesetz. Die letzten Anpassungen an die herausfordernde Lage erfolgten rasch und effektiv. Bundes- und Landesregierungen hatten sich im Interesse des Ganzen bestens vorabgestimmt. Nur deshalb war das so schnell möglich. Nicht nur hier hat sich gezeigt, dass Bund und Länder gemeinsam handeln können. Diese Feststellung trifft auch auf die Ende Oktober beschlossenen und seit dem 2. November geltenden Regelungen zu.

Dass die Länder eigene Verordnungen zur Infektionsbekämpfung erlassen können, ist trotz mancher Kritik daran sinnvoll. Denn die Bekämpfung der Corona-Krise kann nicht an allen Orten gleich sein. Die Länderkammer wird auch zukünftig darauf achten, dass die notwendige Flexibilität erhalten bleibt, um auf Krisen differenziert und angemessen reagieren zu können. Grundsätzlich gilt: Unterschiedliche Lagen erfordern unterschiedliche Maßnahmen. Das Virus muss in einer Großstadt anders bekämpft werden als in dünn besiedelten Regionen und in Hotspots anders als in weniger betroffenen Gegenden. Soviel Föderalismus wie möglich, soviel Zentralismus wie nötig. Jetzt haben wir eine sehr kritische Situation. Sie erfordert ein einheitliches Vorgehen aller Länder und Solidarität untereinander. Auch Länder mit vergleichsweise geringen Infektionszahlen haben deshalb den seit 2. November geltenden strengen Beschränkungen zugestimmt.

Während der Corona-Krise im Frühjahr hat sich unsere Gesellschaft als stabil erwiesen. Deutschland hat die erste Welle sehr gut bewältigt: besser als viele andere Länder. Aber Stimmungen können schnell kippen. Keinesfalls dürfen wir uns in diesen schwierigen Zeiten gegeneinander ausspielen lassen. Unsere Zukunft hängt entscheidend von unserer Gegenwart ab. Wie wir sie wahrnehmen und welche Schlussfolgerungen wir daraus ableiten, hat zwangsläufig Auswirkungen auf unsere unmittelbare Zukunft. Wir müssen Vertrauen in die Zukunft haben. Identität gewinnt man nicht ausschließlich aus der Geschichte. Für ihre Ausformung sind Gegenwart und Zukunft ebenso wichtig. Zusammenhalt kann auch aus den Zielen, die Bürgerinnen und Bürger eines Landes gemeinsam erreichen wollen, erwachsen.

Angst ist ein schlechter Ratgeber. Untergangs- und Niedergangsszenarien oder die Verklärung der Vergangenheit sind keine harmlosen Narrative. Sie verstellen den Blick auf die Gegenwart und erzeugen Zukunftsangst. Warum sollte man sich für ein Gemeinwesen überhaupt noch einsetzen, wenn doch die Zukunft nur noch negativ gesehen wird? Wenn

doch alles vergeblich ist? Wenn ich mich nicht mit dem Gemeinwesen identifizieren kann? Aus solchen Einstellungen kann kein Gestaltungswille entstehen. Deswegen müssen wir diesen Narrativen mit aller Entschiedenheit widersprechen. Wir müssen Leitbilder für ein gelingendes Zusammenleben in Vielfalt entwickeln. Wie ist Teilhabe möglich? Wie gelingt Integration? Was verstehen wir unter dem Gemeinwohl? Wir müssen aber vor allem deutlicher machen: Es lohnt sich, in diesem Land zu leben und sein Gemeinwesen aktiv mitzugestalten. Unsere Bundesratspräsidentschaft haben wir deshalb unter das Motto gestellt: „Gemeinsam Zukunft formen.“ Dazu lade ich alle ein. Die Zukunft ist offen. Wie wir sie gestalten, liegt hauptsächlich an uns selbst. Dazu zählt für mich – mit Blick auf den Bundesrat - auch die Reform der Gewerbesteuer. Es geht um eine Neubewertung der Gewerbesteuererlegung bei Gewerbebetrieben mit Betriebsstätten in mehreren Gemeinden. Der derzeitige Maßstab ist bereits in den 1930er Jahren geschaffen worden und nicht mehr zeitgemäß. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist eine große Herausforderung. Zu ihrer Bewältigung kann nicht zuletzt ein kooperativer und am Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse orientierter Föderalismus viel beitragen. Föderalismus steht für Bürgernähe, Subsidiarität und Einheit durch Vielfalt. Nie wieder Diktatur, das hieß nach 1945, meist unausgesprochen, immer auch: Nie wieder Zentralismus. Das war eine der Lehren aus der Geschichte. Wer in Deutschland von der politischen Freiheit spricht, der sollte auch immer vom Föderalismus sprechen. Föderalismus ist der Sinn für Gewaltenteilung. Er ist nicht nur die Antwort auf Vielfalt, sondern garantiert sie auch zugleich. Wenn er, wie Richard Schröder meint, auch Heimat erleichtert, dann kann er zudem im Zeitalter der Globalisierung Orientierung bieten.

Orientierung schafft Vertrauen. Und Vertrauen ist eine der wichtigsten Ressourcen in der Politik. Wie ist es um das Vertrauen in die Politik bestellt? Dazu gibt es unterschiedliche Befunde. Aber wir alle können etwas zum Aufbau und der Festigung von Vertrauen leisten. So sollten Entscheidungsprozesse transparenter und nachvollziehbarer gestaltet werden. Die Politik darf nicht zu hohe Erwartungen hervorrufen, die sie später nicht einlösen kann. Sie ist aber auch nicht für alle Probleme verantwortlich, und schon gar nicht kann sie alle lösen. Politik vollzieht sich nie unter optimalen Bedingungen. Kompromisse in der Politik sind keine faulen, wie oft behauptet wird, sondern sie sind notwendig. Demokratie ist vor allem ein Kommunikationsprozess. Deshalb ist der Dialog so wichtig. Miteinander reden, Kontroversen austragen und vor allem aushalten und das gemeinsame Ringen um die beste Lösungen zeichnet die Demokratie aus. Das setzt voraus, dass wir uns unvoreingenommen begegnen, einander zuzuhören und den anderen und seine Argumente ernst nehmen.

Nicht jeder Skeptiker der Corona-Maßnahmen ist ein Corona-Leugner. Wir dürfen nicht in Schubladen denken. Die Realität ist oft sehr vielschichtiger. Tatsächlich sehen sich viele Menschen angesichts der Krise mit existenziellen Sorgen konfrontiert. Das darf nicht ignoriert oder als unbegründet zurückgewiesen werden. Vielmehr müssen wir hierauf Antworten finden. Wenn wir das nicht tun, tun es andere. Und das können wir nicht wollen. Der antipluralistische Populismus ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt. Stimmungen werden zur Mobilisierung genutzt und Krisen instrumentalisiert. Tatsächlich richten sich die Proteste der Populisten in ihrer Tiefe gegen den liberalen Staat und seine demokratische Kultur. Ihr Credo lautet: Wir und die anderen. Exklusion tritt an die Stelle von Integration. Demokratie ist aber immer auch Schutz von Minderheiten und sie fußt auf Solidarität.

Wir stellen in letzter Zeit einen schwindenden Respekt gegenüber demokratische Normen und Institutionen fest. Die Grenzen des Sagbaren werden immer weiter verschoben. Tabubrüche sind keine Seltenheit mehr. „Man wird das ja noch sagen dürfen!“ Das Muster ist bekannt. Unsere Demokratie durchlebt gefährliche Zeiten. Kippahträger sind in der Öffentlichkeit tätlichen Angriffen ausgesetzt wie vor wenigen Wochen in Hamburg. Juden müssen am Jom Kippur-Fest um ihr Leben fürchten. Mitten in Deutschland, mitten unter uns. Das ist eine Schande. Was viele spürten, wurde am 9. Oktober 2019 zur Gewissheit. Die Grundlagen unserer Zivilisation sind brüchig. Der Terroranschlag von Halle war eine Zäsur. Die größten Gefahren für unsere Gesellschaft gehen vom Rechtsextremismus aus. Die Tür der jüdischen Synagoge in Halle ist zu einem Mahnmal gegen einen neuen Antisemitismus in unserem Land geworden.

Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die grundlegenden Werte unserer Demokratie. Jüdisches Leben gehört zu Deutschland und zu Europa. Darüber sind wir glücklich. Jüdinnen und Juden müssen sich in unserem Land sicher und zu Hause fühlen. Im Jahr 2021 kann jüdisches Leben in Deutschland auf eine 1700-jährige Geschichte zurückblicken. Neben einem Festakt in Köln sind zahlreiche bundesweite Kulturevents sowie die Herausgabe von Publikationen geplant. Es soll weniger die Vergangenheit als vielmehr jüdisches Leben in der Gegenwart thematisiert werden. Als Bundesratspräsident möchte ich aus diesem Anlass die Repräsentanten aller jüdischen Landesverbände und den Zentralrat nach Berlin zum Gedankenaustausch einladen. Lassen Sie uns „Gemeinsam Zukunft formen“.

Anrede

Ich bin 1990 in die Politik gegangen. An Prognosen mangelte es damals nicht. Sie waren überwiegend positiv, ja euphorisch, aber leider falsch. Die Geschichte ging weiter. Unter den vielen Prognosen hat sich aber eine als sehr hellsichtig erwiesen. 1989 stellte Fritz Stern, der in Breslau geborene und 1938 in die USA emigrierte deutsch-amerikanische Historiker, dem

neuen Deutschland eine gute Prognose aus. Es werde seine zweite Chance nutzen, war er sich sicher. Stern, der fünf Deutschland erlebt hatte und 2016 im Alter von 90 Jahren starb, wusste, wovon er sprach. Deutschland hat seine Chance genutzt. Es ist heute ein moderner, weltoffener und fest in die europäischen Strukturen eingebundener Staat. Unser Land genießt Vertrauen in der Welt. Seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet es sehr viele und gute Lebensmöglichkeiten und –chancen. Mehr als das viele andere Staaten auf dieser Welt tun.

Ohne die föderale Ordnung wäre diese politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht denkbar. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir in den kommenden Jahren fortschreiben und „Gemeinsam Zukunft formen“.